

Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Ergeht per E-Mail  
[tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik  
Wiedner Hauptstraße 63 | A-1045 Wien  
T 05 90 900DW | F 05 90 900-269  
E [up@wko.at](mailto:up@wko.at)  
W <http://wko.at/up>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Sachbearbeiter  
Up/032/Kr  
Mag. Cristina Kramer

Durchwahl  
4222

Datum  
15.11.2018

## Novelle der Strom-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2019 (SNE-VO 2019), STELLUNGNAHME

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für den zur Verfügung gestellten Novellierungsentwurf der Verordnung der Regulierungskommission der Energie-Control Austria über die Anpassung der Strom-Systemnutzungsentgelte 2019 (SNE-VO 2019) und nimmt dazu wie folgt Stellung.

### I. ALLGEMEINES

Das Netznutzungsentgelt wurde entsprechend den Vorgaben und Ergebnissen der Ermittlungsverfahren des Vorstands der E-Control hinsichtlich der Zielvorgaben, Kosten und des Mengengerüsts festgelegt. Der Entgeltbestimmung gehen Kostenfestsetzungsverfahren durch den Vorstand der E-Control voraus, die für jeden Netzbetreiber mit Bescheid abgeschlossen werden.

In diesem Zusammenhang möchten wir festhalten, dass die Ergebnisse des oben erwähnten Ermittlungsverfahrens von der Wirtschaftskammer Österreich auf Grund der Ausgestaltung der Regulierungssystematik sehr kritisch gesehen werden.

Bei der Entwicklung der Netzentgelte zeigen sich für das Jahr 2019 signifikant unterschiedliche Veränderungen. Ursachen dafür sind die neue Regulierungssystematik, geringere Kosten im Verteilnetz, der spürbare Anstieg der erwarteten (im Bereich Ost-Österreich anfallenden) Kosten zur Vermeidung von Engpässen und eine deutlich stärkere prozentuelle Belastung der höheren Netzebenen.

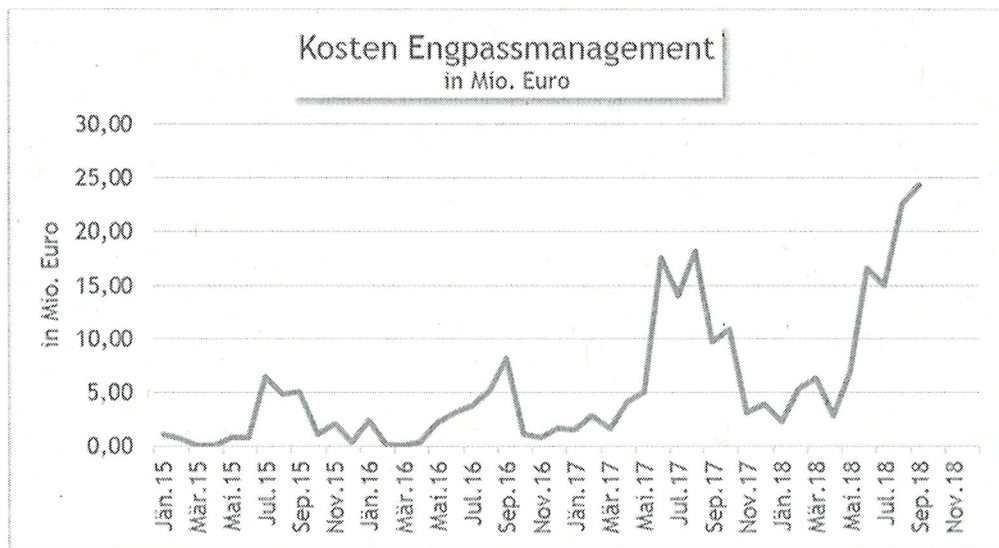
Diese Entwicklungen werden von der Wirtschaftskammer Österreich sehr kritisch gesehen.

Die Auswirkungen in den Netzbereichen Tirol, Vorarlberg, Innsbruck und Kleinwalsertal sind gering, da sie anderen Regelzonen angehören.

## II. IM DETAIL

### 1. Entwicklung der Kosten für das Engpassmanagement

Laut den Erläuterungen zur SNE-VO 2019 resultiert die teilweise drastische Erhöhung der Netztarife auf den gestiegenen Kosten der Austrian Power Grid (APG) für das Engpassmanagement, welche von 23,2 Mio Euro im Jahr 2015 auf 28,8 Mio Euro im Jahr 2016 und auf 92,5 Mio Euro 2017 angestiegen sind.



Allein von Jänner bis September 2018 sind Kosten in Höhe von 102,2 Mio Euro angefallen, wobei hier die Monate von Juni bis September besonders herausstechen.

Leider findet sich in den von der Energie-Control Austria ausgesendeten Unterlagen kein Hinweis darauf, in welcher Höhe die Kosten für das Engpassmanagement im Jahr 2018 tatsächlich angesetzt wurden.

Hinterfragt werden muss der neuerliche massive Anstieg der Kosten für das Engpassmanagement der APG im Jahr 2018, insbesondere in den Monaten Juni bis September. Hier muss alles unternommen werden, diese Kosten künftig wieder deutlich zu reduzieren. Der von der WKÖ laufend geforderte rasche Ausbau der Netzinfrastruktur könnte dazu wesentlich beitragen.

Um künftig weitere Kostensteigerungen zu vermeiden, sollte eine Kostengrenze für das Engpassmanagement eingezeichnet werden. Gleichzeitig sollten Redispatch-Maßnahmen marktkonform ausgeschrieben werden, damit sich große Unternehmen daran beteiligen können.

### 2. Regulierungssystematik

Folgende Punkte sehen wir hier besonders kritisch:

- Ein wesentlicher Eckpunkt der Regulierungssystematik ist die Rendite, welchen den Netzbetreibern über die Abdeckung der Kosten für Finanzierung und Wagnis (WACC = Weighted Average Cost of Capital) zugestanden wird. Der WACC wurde zwar in der neuen Regulierungsperiode von 6,42 auf 4,88 % abgesenkt, diese Reduktion spiegelt aber den, in den letzten Jahren verzeichneten Rückgang der Zinskonditionen am Kapitalmarkt nur unzureichend wider.



- Ein weiterer Kostentreiber ist der generelle Produktivitätsabschlag (Xgen), welcher von der Behörde von 1,25 % in der letzten Periode auf 0,815 % abgesenkt wurde. Aus Kundensicht sollte der generelle Produktivitätsabschlag über einem Prozent liegen.
- Die Möglichkeit der vom Netzbetreiber wählbaren Kostenbasis (Best-of-Abrechnung) beim Benchmarking birgt Nachteile wie etwa geringe Plausibilität, geringe Vergleichbarkeit und hohe Beeinflussbarkeit. Die Best-of-Abrechnung wurde zu Beginn der Anreizregulierung zum Schutz der Netzbetreiber fixiert. Nach drei Regulierungsperioden wäre es aus Sicht der WKÖ durchaus legitim, von dieser Praxis abzuweichen.
- Dies gilt auch für die Aufholdauer für Ineffizienzen, welche zwar von 10 auf 7,5 Jahre verkürzt wurde, aber immer noch über der Dauer der Regulierungsperiode von 5 Jahren liegt. Das hat zur Folge, dass bestehende Ineffizienzen gegenüber dem Benchmark bis zum Ende der jeweiligen Regulierungsperiode nur unvollständig abgebaut werden müssen. Nach nunmehr drei Regulierungsperioden ist nicht nachvollziehbar, warum die Netzbetreiber die von ihnen verursachten Ineffizienzen nicht innerhalb von 5 Jahren aufholen sollten.

### 3. Seilbahnen und Schienenbahnen

Die Bundessparte Transport und Verkehr sieht bei dem vorliegenden Entwurf massive Probleme der Seil- und Schienenbahnunternehmen, die dringend einer Lösung zugeführt werden müssen.

#### Seilbahnen

Eine kurzfristig durchgeführte Analyse hat ergeben, dass für den Großteil der österreichischen Seilbahnunternehmen durch die Anpassungen bei den Netznutzungsentgelten keine signifikanten positiven Effekte zu erwarten sind, für einige sogar Verschlechterungen. In diesem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern, dass in manchen Bundesländern erst im Jahr 2018 eine deutliche Anhebung der Netznutzungsentgelte erfolgt ist.

So wäre zum Beispiel in Tirol in den für Seilbahnunternehmen besonders relevanten Netzebenen 5 und 6 eine Reduktion der Kosten zwischen 0,1% und maximal 0,3% darstellbar. Das liegt daran, dass die Ermäßigung erst ab einer Nutzung der genannten Ebenen von mindestens 3.100 Stunden wirksam wird. Ein mittleres Skigebiet weist in diesem Bereich allerdings eine durchschnittliche Netznutzung von 1.500 bis 2.000 Stunden auf.

Besonders die geplanten Erhöhungen in den Bundesländern Salzburg und Kärnten sieht der Fachverband der Seilbahnen sehr kritisch. Diese Erhöhungen treffen Unternehmen mit mehreren Zählpunkten, wie es Seilbahnunternehmen typischerweise sind, besonders stark. Durch diesen Umstand befürchten wir negative Auswirkungen auf die österreichische Seilbahnbranche im internationalen Wettbewerb, da für viele Skigebiete die Beschneigung mittlerweile einen wesentlichen Faktor darstellt, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Die hohen Energiekosten könnten hier zu einem Nachteil der Branche gegenüber anderen Ländern führen.

Eine bereits geforderte Möglichkeit der Zusammenfassung (Saldierung) von Zählpunkten für Seilbahnunternehmen, wurde bis heute nicht umgesetzt und bleibt daher als wichtige Forderung aufrecht.

In Anbetracht der steigenden Energiekosten durch die Marktgebietstrennung mit Deutschland und der generellen Situation am Strommarkt drohen den Seilbahnunternehmen weitere deutliche Kostensteigerungen. Diese Steigerungen sind für den Fachverband der Seilbahnen, selbst unter Berücksichtigung von notwendigen Investitionen in die Netzsicherheit, nicht akzeptabel.



## **Schienenbahnen**

Beispiel ÖBB: Durch die beabsichtigte Anhebung der Netzentgelte durch die SNE-V 2018 speziell in den Netzebenen 1 bis 2 kommt es im Bereich der Bahnstromversorgung - 50-Hz-Bezug der Frequenzumformer - zu einer Erhöhung der Netzkosten um ca 8,8%.

In weiterer Folge würde die Erhöhung der Netzentgelte im 50-Hz-Netz höhere Kosten für die Infra AG bedeuten, welche an die Kunden der Infra AG, insbesondere alle Eisenbahnverkehrsunternehmen, weiterverrechnet werden müssten. Dies würde in der Folge auch zu einer Verteuerung in Millionenhöhe und damit zur eklatanten Benachteiligung des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene führen.

- **Verursachergerechte Netzentgelte**

Die Energie-Control Austria legt großen Wert auf leistbare, planbare und verständliche Netzentgelte unter Berücksichtigung von Verursachergerechtigkeit und Energieeffizienz für Kunden (Bezug: im Positionspapier zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich – „Tarife 2.0“ – im April 2017).

Beispiel ÖBB: Für die Infra AG erscheint es nicht im Sinne der Verursachergerechtigkeit, die Steigerung der Kosten im Übertragungsnetz durch Engpassmanagement größtenteils zu Lasten der Nutzer der höchsten Netzebenen zu legen, da die Nutzer der niedrigeren Ebenen deren Gestehung ebenso mitverantworten. Die Infra AG sieht daher die beabsichtigte Erhöhung der Entgelte auf NE 1 und 2 im beanspruchten Ausmaß kritisch, da sich diese folglich negativ auf den Eisenbahnbetrieb und die Emissionssituation in Österreich auswirken würde. Aus diesem Grund würde die Infra AG begrüßen, wenn die Mehrkosten des Engpassmanagements auf alle Netzbereiche und Netzebenen in Österreich gleichermaßen aufgeteilt werden.

- **Verhältnismäßigkeit der Steigerung der Netzverlustentgelte**

Die Netzverlustentgelte der Ebenen erhöhen sich um bis zu 95 %, bezogen auf die Entgelte der SNE-V 2018. Generell sehen die Eisenbahnunternehmen die Notwendigkeit die Netzverlustentgelte aufgrund steigender Strompreise zu heben für gerechtfertigt an. Eine Anhebung in der geplanten Höhe scheint jedoch nicht in Korrelation mit der (erwarteten) Strompreisentwicklung zu stehen.

Wir fordern eine transparente Darlegung der Berechnungsgrundlage der Steigerung bzw eine Anpassung an.

- **Fristgerechte Veröffentlichung**

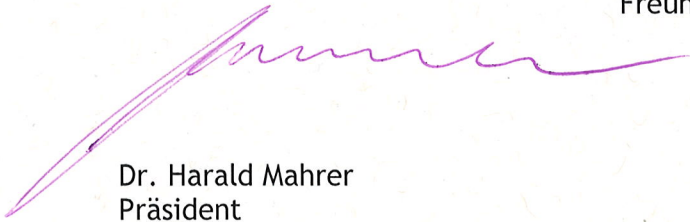
Darüber hinaus stellt auch die kurze Frist von der Veröffentlichung des Entwurfs (06.11.2018) bis zur Inkraftsetzung der gegenständlichen Verordnung (01.01.2019) eine zu kurze Übergangsfrist dar und kann bzw konnte daher diese Entgelterhöhung nicht zeitgerecht in die Geschäftsplanung der Bahnunternehmen einfließen.

Beispiel ÖBB: Die Infra AG ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Bahnstrom-Netzentgelte den Eisenbahnverkehrsunternehmen über ein Jahr im Voraus bekannt zu geben und veröffentlicht diese in den Schienennetznutzungsbedingungen, welche unter der Kontrolle der Schienen-Control-Kommission (SCK) stehen, spätestens im Dezember jeden Jahres. Die Anpassung der entsprechenden Tarife wird dann allerdings nicht im nächsten (ab Jänner des darauffolgenden Jahres), sondern erst ab Jänner des übernächsten Jahres wirksam.

Durch die Diskrepanz in der Umsetzungsfristen entsteht der ÖBB Infra AG ein finanzieller Schaden. Daher regt die ÖBB Infra AG an, in Zukunft eine Harmonisierung anzustreben.

Die Wirtschaftskammer Österreich spricht sich daher gegen den vorliegenden Verordnungsentwurf aus und drängt auf eine transparente und wirtschaftsfreundliche Adaptierung der Kalkulationsgrundlagen.

Freundliche Grüße



Dr. Harald Mahrer  
Präsident



Karlheinz Kopf  
Generalsekretär